

Presseinformation 04/2024

Keine Stimme den Klimawandelleugnern

Der Verband für Wirtschaft und Umwelt und der Landesverband Solarenergie Rheinland-Pfalz unterstützen die zahlreichen Protesten gegen verfassungsfeindliche und populistische Parteien, die den menschengemachten Klimawandel leugnen oder keine Antworten auf das zentrale Probleme unseres Jahrhunderts haben.

Das rechtsextreme Vernetzungstreffen zwischen AfD, Werteunion, rechtsextremistischen Akteuren und weiteren Umfeldorganisationen hat Pläne diskutiert Massendeportationen deutscher Staatsbürger („nicht assimilierte Staatsbürger“) oder in Deutschland lebende Personen nach rassistischen Kriterien nach Afrika zu organisieren. Solche Planspiele sind eine große Gefahr für die Demokratie in unserem Land. Insbesondere da viele Wählerinnen und Wähler der AfD und anderer populistischer Parteien keinen Widerspruch darin sehen, dass Andersdenkende ausgebürgert werden sollen.

Nicht überraschend, dass diese Parteien und Organisationen auch Kern der Klimawandelleugnerszene sind und kein Interesse an der Lösung der globalen Klimakrise haben. Beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos wurde gerade der neue globale Risikobericht vorgestellt, wonach Fachleute und Risikoanalysten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft schon in den kommenden zwei Jahren eine globale Katastrophe für wahrscheinlich halten.

Bei der AfD bekämpft man sämtliche Maßnahmen gegen den Klimawandel. Dadurch werden nicht nur Wohlstandsverluste, sondern auch eine weltweite Migration unterstützt, die man wieder in gewohnter Protesthaltung populistisch parteipolitisch ausnutzt. Die neu gegründete Partei WerteUnion setzt dagegen auf neue Atomkraftwerke und die Weiternutzung fossiler Energieträger. Beides verschärft den Klimawandel zur Krise und zur Katastrophe. Auch die neue Partei BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) hat mit Klimaschutz nichts am Hut. Ihrer Meinung nach verteuere Klimapolitik lediglich das Leben der Menschen. BSW wendet sich gegen das bereits beschlossene Verbot von Verbrennerautos sowie gegen den CO₂-Zertifikatehandel in der EU.

Protesthaltung und Ablehnung gegen Maßnahmen für Klimaschutz sind tragende Element der neuen extremistischen oder populistischen Parteien. Die Wählerinnen und Wähler solcher Gruppierungen werden nicht nur zu Opfern, sondern mit ihrem Wahlentscheidungen auch zu Tätern einer globalen Krise. Die beiden Verbände aus Rheinland-Pfalz begrüßen deshalb die vielfältigen Protestaktionen für Demokratie und gegen Extremismus und Populismus.

Neustadt a.d.W | Ebertsheim, den 22. Jan. 2024